Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 77 (1997)

Heft: 5

Artikel: Föderalismus : welches Modell für Europa? : Von der Konföderation zur Föderation

Autor: Leicht, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165743

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Föderalismus – Welches Modell für Europa?

Von der Konföderation zur Föderation

Michael Leicht
hat in Zürich Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Philosophie studiert. Er ist Doktorand am Soziologischen Institut der Universität Zürich und studiert zurzeit für ein Jahr Europäische Politik am College of Europe in Brügge.

Die EU soll demokratischer, flexibler und offen für neue Mitglieder werden. Vor allem wird aber darum gestritten, in welche Richtung sich die Europäische Union entwickeln soll – Staatenbund oder Bundesstaat?

Angesichts der Krise der westlichen Gesellschaft in den dreissiger Jahren begannen in Frankreich einige Vordenker sich Gedanken über den Aufbau Europas zu machen. Um die Zeitschriften «Esprit» und «L'Ordre nouveau» begann sich das personalistische Denken zu entwickeln. Der Föderalismus wurde dabei als politische Organisationsform der personalistischen Philosophie betrachtet.

Beeinflusst von *Max Scheler* standen die französischen Personalisten in Verbindung mit *Martin Buber* und *Karl Jaspers,* dem protestantischen Theologen *Karl Barth,* den Katholiken *Gabriel Marcel* und *Jacques Maritain* und dem Orthodoxen *Nikolaus Berdiajeff.* Die personalistisch-föderalistische Schule der dreissiger Jahre wurde in Paris vornehmlich von *Robert Aron, Arnaud Dandieu, Alexandre Marc, Emmanuel Mounier, Daniel Rops* und dem Schweizer Schriftsteller *Denis de Rougemont* entwickelt. Zurückgegriffen wurde dabei auch auf das ältere, sozial-libertäre Denken von *Proudhon* und *Bakunin.*

Alle waren der Ansicht, dass der Individualismus, der die Jakobiner inspiriert hatte, zwangsläufig zu einer Atomisierung der Gesellschaft führt, was wiederum den absoluten Staat als Gegengewicht zum Verfall heraufbeschwört: *«Mit dem Staub der Individuen bildet man den Beton der totalitären Staaten»* (Rougemont). Alle waren sich einig, dass der Mensch nicht in erster Linie ein «Individuum» sei. Er ist eine *«Person»,* das heisst gleichermassen verantwortlich und frei, engagiert und autonom, eine Identität an sich, aber verbunden mit seinesgleichen durch seine Verantwortlichkeit. Die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen hat nur in der Beziehung zu anderen einen Sinn[1]. Nicht umsonst hat zum Beispiel auch schon *Adam Smith* in seiner «Theory of Moral Sentiments» das Mitgefühl mit den anderen als notwendiges Gegengewicht zum individualistischen Egoismus gesehen. Und für Pascal koexistieren in jedem von uns der Engel und das Tier, zusammen mit dem, was man *potentielle Humanität* nennen könnte. Die Devise der Personalisten heisst: *«Weder Individualismus noch Kollektivismus – sondern Personalismus».* Im Mittelpunkt steht der Mensch mit seiner individuellen und gesellschaftsbezogenen Dimension. Übertriebener Individualismus führt zur Vermassung und zum Verfall der Gesellschaft, umgekehrt unterdrücken kollektivistische Ideologien den einzelnen Menschen. Freiheit und Entfaltung der Einzelperson werden zugunsten verabsolutierter Begriffe wie der nationalen «Rasse» oder der sozialen «Klasse» geopfert. Kollektiv und Individuum, Einheit und Vielfalt bilden jeweils die beiden idealtypischen Pole, zwischen denen der Föderalismus ein Gleichgewicht zu finden sucht.

Prinzipien des Föderalismus

Für Denis de Rougemont ist die Idee des Föderalismus vielmehr organischer als rationaler Natur, eher dialektischer Art als einfach logisch. Der Föderalismus ist dabei nicht eine Philosophie des «entweder ... oder», sondern des «sowohl ... als auch». Regionale, nationale und europäische Identität schliessen sich nicht aus, sondern ergänzen sich gegenseitig. Die sechs Leitmotive des Föderalismus sind[2]: *Erstens* der Verzicht auf jegliche Form von Hegemonie. *Zweitens* der Verzicht auf ein Denken in Systemen: «Fédérer *ce n'est pas* mettre en ordre *d'après un plan* géometrique *à partir d'un axe; fédérer c'est tout simplement* arranger ensemble.» *Drittens* kennt der Föderalismus keine Minderheitenprobleme, da jede Minderheit ihren eigenen qualitativen, intrinsischen Wert hat, unabhängig von ihrer Quantität. *Viertens* hat der Föderalismus nicht zum Ziel, nationale Eigenheiten auszulöschen, vielmehr versucht er,

1 Alexandre, Marc, Homme libre et responsable. Nice Presses d'Europe, 1990.

2 Denis de Rougemont, L'attitude fédéraliste. Eröffnungsrede gehalten im August 1947, am ersten Kongress der Europäischen Union der Föderalisten in Montreux. Der Redetext ist in der Revue Economique et Sociale aus Lausanne erschienen (Oktober 1947).

sie zu erhalten. *Fünftens* ist der Föderalismus die Liebe der Komplexität. Und schliesslich, *sechstens,* formt sich eine immer enger werdende Föderation durch das Engagement von Personen und Gruppen und nicht zentral gesteuert durch ein Zentrum, durch Regierungen. Intellektuelle sind häufig nationalistisch eingestellt, da von verschiedenen nationalstaatlichen Institutionen abhängig (Medien, Lehre und Forschung, Politik usw. sind jeweils nationalstaatlich organisiert). Das Ziel der Föderalisten ist eine non-zentrale Ordnung, eine Staffelung des Staates auf mehreren Ebenen entsprechend der Geographie der Probleme. Die Macht muss geteilt und diffundiert werden, so dass am Schluss *«die Macht überall ist, selbst im Zentrum»* (A. Marc).

Eine föderale Ordnung beruht auf der Verbindung mehrerer Prinzipien[3]:

Autonomie: Sie unterscheidet sich einerseits von der Unabhängigkeit souveräner Staaten, anderseits von der Abhängigkeit der unteren Verwaltungsebenen wie Gemeinden, Departements oder Regionen. Autonomie beinhaltet ein grosses Mass an Selbstbestimmungsrecht und volle Selbstverwaltung. Die Autonomie muss nicht nur in der Verfassung rechtlich garantiert werden, sondern auch durch die Verfügungsgewalt über entsprechende finanzielle Mittel. Zur Stärkung minderbemittelter Regionen ist ein staatlicher Finanzausgleich notwendig.

Kooperation und rechtlich geregelte Konfliktlösung: Zusammenarbeit im föderalistischen Sinne heisst, in Konfliktsituationen und bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zwar die eignen Interessen zu verfolgen, gleichzeitig aber die Autonomie des Partners zu respektieren. Eine föderalistische Verfassungsstruktur garantiert der Föderation und jedem Mitgliedstaat gleichzeitig das nötige Mass an Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit im Rahmen der jeweiligen Kompetenzen und ermöglicht so eine Verbindung von Egoismus und Fairplay. Die Garantie der einen schränkt die Willkür und Machtpolitik der anderen ein und umgekehrt. Die Spannungen werden dabei im Föderalismus nicht unterdrückt, sie bilden vielmehr ein konstruktives Element des Ganzen.

Subsidiarität und sachgerechte Machtverteilung: Föderalismus kann nur funktionieren, wenn die Kompetenzen, Entscheidungsmechanismen und finanziellen Mittel sachgerecht verteilt sind. Probleme sollten jeweils auf der Ebene gelöst werden, auf der sie sich stellen.

Partizipation: In einer Föderation partizipieren nicht nur die Bürger an bundespolitischen Entscheidungen durch die Wahl ihrer Volksvertreter, sondern auch die Gliedstaaten. Der Föderalismus ist nur ein «Quasi-Kontraktualismus». Entscheidungen werden zwar vorzugsweise von der Basis gefällt, sie ist jedoch nicht vollkommen souverän, vielmehr kann es auch zu unilateralen Eingriffen von oben her kommen. Entscheidungen werden in einer Föderation nicht nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefällt, das wäre die Konföderation, sondern nach dem Mehrheitsprinzip. Als Entschädigung dafür sind die Gliedstaaten aber bei der Entscheidungsfindung des Bundes beteiligt (zum Beispiel im Ständerat).

Nicht eine Europäisierung der Schweiz ist angesagt, sondern eine Verschweizerung Europas!

Im Gegensatz zur jakobinischen Tradition, bei der nur die Individuen mitbestimmen sollen, versucht der Föderalismus nicht, die intermediären Körperschaften zu unterdrücken. Ihre Mitbestimmung soll vielmehr gefördert werden. So wird neben der Volksvertretung und der territorialen Vertretung in der zweiten Kammer zusätzlich eine Wirtschafts- und Sozialkammer gefordert, welche die Interessen der Sozialpartner vertreten soll. Lobbying soll so transparenter werden und schlecht organisierbare Interessen, wie diejenigen der Konsumenten, wären besser vertreten.

Die föderalistischen Prinzipien werden natürlich in der Praxis nicht immer so angewendet, wie es die Theorie der Bundesstaaten und die geschriebenen Verfassungen vorgeben. Dennoch muss man sich in jedem Fall fragen, ob denn das Ergebnis in einem nicht bundesstaatlichen System besser wäre. Man stelle sich nur die Schweiz als zentralistischen Einheitsstaat vor oder wieder als lockeren Staatenbund, regiert von einer Tagsatzung der 26 Kantone, die womöglich fast alles einstimmig beschliessen müssten. Wir sehen, der Föderalismus bleibt das anzustrebende Ideal, das in der Schweiz zu einem guten Teil verwirklicht worden ist. Deswegen ist nicht eine Europäisierung der Schweiz angesagt, sondern eine Verschweizerung Europas!

Typologie des Föderalismus

Im Laufe der Geschichte haben sich viele unterschiedliche Formen von Demokratie

3 Ferdinand Kinsky, Föderalismus: ein gesamteuropäisches Modell, Bonn, Europa Union Verlag, 1995. (Dieses Buch kann als deutschsprachige Einführung in das Thema integraler Föderalismus empfohlen werden. Daneben ist eine umfangreiche, französischsprachige Literatur bei Presses d'Europe [10 av. des Fleurs, F-06000 Nice] erschienen.)

und Föderalismus ausgebildet. So findet man beispielsweise schon um -500 in der Republik Gho-jeng des vorkaiserlichen Chinas lokale Autonomie und demokratische Partizipation aller Frauen und Männer. Ähnliches gilt für die demokratische Föderation der buddhistischen sanghas Indiens oder die Liga der Irokesen Nordamerikas. Eine zeitgemässe Klassifikation der unterschiedlichen Ausprägungen von Einheit und Vielfalt der staatlichen Organisation bietet uns *Ferdinand Kinsky*: «*Die Idee des Föderalismus besteht nun darin, das richtige Gleichgewicht zwischen Einheit und Vielfalt zu finden. Vielfalt ohne Einheit würde Anarchie und Recht des Stärksten bedeuten. Einheit ohne Vielfalt ist Zentralismus, Totalitarismus, Jakobinismus.*»

Dynamik der Europäischen Integration

Die heutige EU befindet sich noch weitgehend im Zustand der Konföderation. Mehrheitsentscheide werden im wesentlichen nur im Rahmen des ersten Pfeilers, der Wirtschafts- und Währungsunion gefällt. Im zweiten (Aussen- und Sicherheitspolitik) und dritten Pfeiler (Justiz und Innenpolitik) der EU werden auch weiterhin intergouvernementale Vereinbarungen meist nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffen. Aufgabe der Regierungskonferenz wäre es nun, die gemeinschaftlichen Prozeduren mit dem Mehrheitsprinzip auch auf die Bereiche des zweiten und dritten Pfeilers auszuweiten. Nur so kann der entscheidende Schritt in Richtung Föderation gemacht werden, welcher unumgängliche Voraussetzung für eine Osterweiterung ist. Nur eine gestärkte politische Union kann zahlreiche Neubeitritte verkraften, ansonsten droht eine Verwässerung und Handlungsunfähigkeit der EU. Ein Rückfall in einen reinen europäischen Staatenbund wäre die Folge.

Dass wir von einem zentralistischen «Superstaat Brüssel» noch meilenweit entfernt sind, zeigt ein Blick auf die Statistik: Zurzeit machen die Ausgaben der EU zwei Prozent der gesamten Staatsausgaben in Europa aus. Zum Vergleich: In den USA werden 70 Prozent der Staatsausgaben über den Bund abgewickelt. Und auch die vielgeschmähte EU-Bürokratie (mit ihren vielen Übersetzern) ist immer noch kleiner als diejenige des Kantons Zürich!

Die heutige EU befindet sich noch weitgehend im Zustand der Konföderation.

Die Einheit Europas bleibt notwendig. Es geht um unsere Sicherheit und die Handlungsfähigkeit nach aussen, um unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die Umweltverschmutzung kennt keine nationalen Grenzen, der Zusammenbruch der Sowjetunion erfordert gesamteuropäische Anstrengungen. Eine Stabilisierung der jungen Demokratien im Osten ist in unser aller Interesse. Das Versagen Westeuropas angesichts der Katastrophe in Ex-Jugoslawien hat hinreichend deutlich gemacht, wie ungenügend die gegenwärtige europäische Aussenpolitik ist, die immer noch nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners funktioniert. Da kaum anzunehmen ist, dass sich alle europäischen Staaten von einer Vertiefung der europäischen Integration überzeugen lassen werden, ist ein «föderalistisches Herz» (besser bekannt unter dem Ausdruck: «harter Kern»), ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, der einzig gangbare Weg.

Europas Einheit darf aber die reiche Vielfalt unserer Sprachen und Kulturen nicht zerstören. Eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ist notwendig. Es sollte, wie das Komitee der Regionen der EU vorschlägt, nicht bloss einfacher Grundsatz sein, sondern zu einem vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbaren Recht werden. Dazu gehört auch eine Überprüfung der bisherigen Kompetenzverteilung. Wo schon zu viel integriert wurde, müssen Kompetenzen wieder abgegeben werden. Bei der Überprüfung sollte auch nicht an den Grenzen des Nationalstaates halt gemacht werden. Dezentralisierung würde auch manchem zentralistischem Staat, wie zum Beispiel Frankreich, gut tun.

Europas Einheit darf aber die reiche Vielfalt unserer Sprachen und Kulturen nicht zerstören.

Ein föderales Europa wird geradezu zu einer Bedingung, um die Vielfalt unserer Kulturen zu erhalten. Nur so kann verhindert werden, dass nicht das Recht der stärksten Nation, sondern das Recht des Gesetzes gilt, an dessen Entstehung alle Länder beteiligt sind (die kleinen dabei überproportional). Nicht ohne Grund gehören kleine Länder wie die Niederlande, Belgien und Luxemburg zu den überzeugtesten Europäern. Dezentralisierung und Integration sind die beiden Seiten des in-

tegralen Föderalismus, gemeinsamer Feind ist der Nationalstaat!

Wettbewerb der Systeme?

Die Idee eines föderalen Europas ist nicht unumstritten. Vertreter eines evolutionistischen Ansatzes sehen darin den Wettbewerb der Systeme gefährdet[4]. Eine politische Union wird wegen der inhärenten Gefahr einer Zentralisierung und einer überbordenden Bürokratie abgelehnt. Kritisiert wird der konstruktivistische Ansatz einer Ex-ante-Harmonisierung. Harmonisierung wird aus dynamischer Sicht abgelehnt, weil dadurch der Zwang und die Motivation reduziert wird, stets neue Antworten auf der Höhe der Zeit zu produzieren. Politische Kartelle schützen die Regierungen vor Wettbewerb.

Der Wettbewerb der Systeme wird mit *Hayek* als Entdeckungsverfahren verstanden. Die Vielfalt und die Konkurrenz untereinander der verschiedenen Staaten Europas im Mittelalter wird beispielsweise als Grund angesehen, weshalb ausgerechnet hier die technische und wirtschaftliche Entwicklung eine solche Beschleunigung erfuhr und nicht etwa in China. Dies obwohl das Reich der Mitte technologisch Europa lange Zeit weit voraus war.

Eine solche verkürzte evolutionistische Sichtweise der Dinge verkennt die Komplexität von Wachstumsprozessen. Der Einfluss kultureller, a-rationaler Einflussfaktoren wird vernachlässigt. Der bekannte, vor einem Jahr verstorbene Kulturanthropologe *Ernest Gellner* hat zum Beispiel darauf aufmerksam gemacht, dass China für seinen definitiven Durchbruch vor allem eine stringente wissenschaftliche Methode gefehlt hat. Die polytheistischen Kulturen Asiens, mit ihrer religiösen Toleranz, waren nicht zur gleichen intellektuellen Rigorosität fähig, wie das monotheistische, christliche Europa mit seiner Suche nach dem einen, wahren Gott mit seiner einen Wahrheit.

Die libertäre Kritik zielt auch aus anderen Gründen zu kurz: Integrale Föderalisten wollen nicht die Vielfalt einschränken, vielmehr sehen sie – wie oben ausgeführt – eine institutionelle Garantie als Voraussetzung für ihre Erhaltung. Die Schweiz ist das beste Beispiel, wie ein föderaler Bundesstaat die Vielfalt fördern kann. Weiter sind wir heute im Zeitalter der Globalisierung weltweitem Wettbewerb ausgesetzt. Im High-Tech-Bereich sind die Kosten und Risiken von Forschungsvorhaben häufig so gross, dass sie nur noch von mehreren Staaten gemeinsam getragen werden können. So versucht die EU, mit gezielten Schwerpunktsprogrammen die Innovationsfähigkeit Europas zu erhöhen.

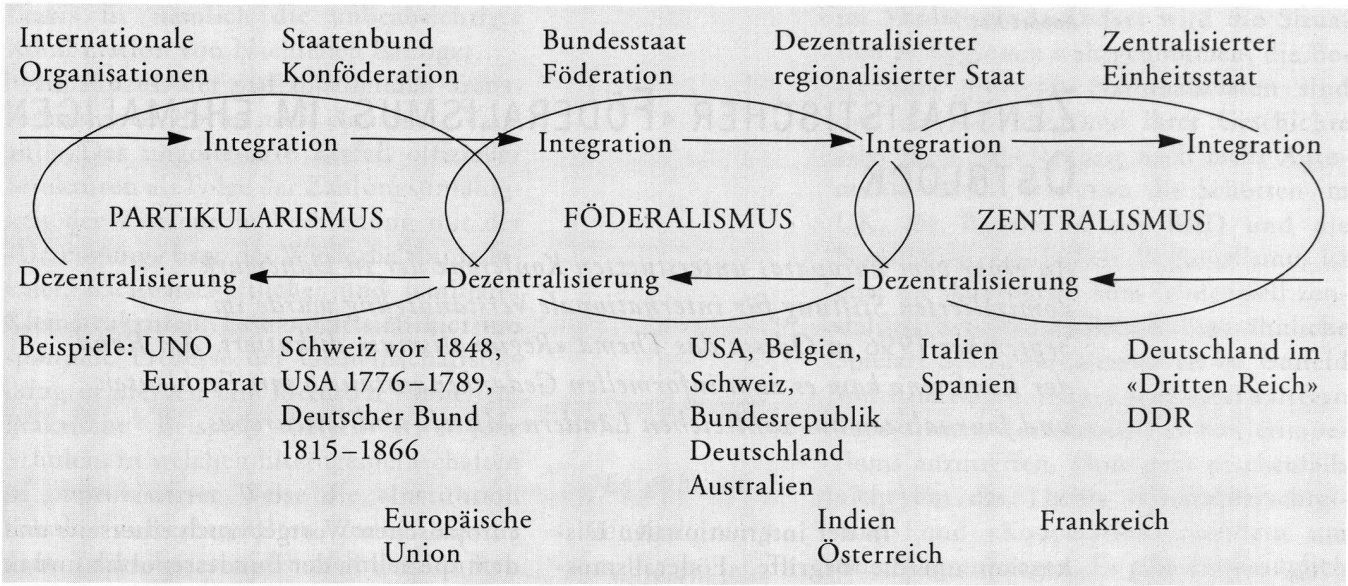
Ein privatisierter Staat wäre nicht mehr zur politischen Abstützung des Marktes fähig. Ihm würde es an institutionalisierten Mechanismen zur Konfliktbewältigung fehlen.

Der von *Bruno S. Frey* entwickelte Vorschlag von *Functional overlapping competing juristictions* («Focj») mag zwar auf den ersten Blick wie eine konsequente Anwendung der föderalistischen Prinzipien von Autonomie, Kooperation, Subsidiarität und Partizipation erscheinen. Ausgangspunkt sind direktdemokratische Gemeinden mit eigener Steuerhoheit, welche sich je nach Problemlage zusammenschliessen. Dabei stehen sie zueinander in Konkurrenz.

Problematisch ist dieser Versuch, die Vorteile der Markteffizienz auf den Bereich der Politik auszuweiten deshalb, weil sich die Sphäre des Staates idealerweise durch Marktversagen auszeichnet. (Der ganze Rest kann einfach privatisiert werden.) Neben dem Effizienzstreben sind der Sozialstruktur der westlichen Gesellschaft – gemäss *Volker Bonschier* – auch ein Gleichheits- und Machtstreben inhärent. Freiheit, Gleichheit und Sicherheit sind ihre konfliktgeladenen Grundprinzipien. Ein privatisierter Staat wäre nicht mehr zur politischen Abstützung des Marktes fähig. Ihm würde es an institutionalisierten Mechanismen zur Konfliktbewältigung fehlen. Weiter wäre eine ruinöse Konkurrenz zu erwarten. Notwendige Umverteilungsmassnahmen, um die soziale Kohäsion zu sichern, könnten nicht mehr durchgeführt werden.

Das Focj-Modell bleibt auf der Stufe der Konföderation stehen. Alle Macht gehört der Basis. Entscheidungen würden nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefällt. Entsprechend käme es zum Rosinenpicken und zur Diktatur der Minderheit. Nur der kleinste gemeinsame Nenner liesse sich jeweils verwirklichen. Integrale Föderalisten sehen hingegen im Föderalismus das anzustrebende Ideal. Der föderale «Quasi-Kontraktualismus» ermöglicht so viel Partizipation wie möglich von der Basis an der föderalen Gewalt, lässt jedoch – wo not-

4 Gerhard Schwarz, Wettbewerb der Systeme – Eine ordnungspolitische Sicht, in: Schweizerisches Institut für Auslandsforschung (Hsg.), Europäische Antagonismen, Chur, Zürich, Verlag Rüegger, 1994. Bruno S. Frey und Reiner Eichenberger, Eine «fünfte Freiheit» für Europa – Stärkung des Föderalismus durch «Focj». NZZ, Nr. 30, vom Dienstag, 6. Februar, 1996, S. 30.



wendig – auch unilaterale Eingriffe von oben her zu.

Europa in der Welt

Die Krise unserer Gesellschaft ist heute eine doppelte: Einerseits muss ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft gefunden werden, anderseits muss der Nationalstaat einen neuen Platz in der Weltgesellschaft finden. Was das Verhältnis Staat/Gesellschaft anbelangt, ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft sowie eine Vergrösserung des Sozialkapitals – Vertrauen – *(Francis Fukujama)* notwendig. Der Staat sollte entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip nur dort eingreifen, wo dies absolut unerlässlich ist.

Anderseits übersteigen immer mehr Probleme die Möglichkeiten von Nationalstaaten. Globale Umweltprobleme, Migrationsströme, internationaler Terrorismus, klassische Sicherheitsprobleme wie die Bedrohung durch konventionelle und atomare Waffen usw. übersteigen längst die Möglichkeiten einzelner Nationalstaaten. Ein «Poolen» von Souveränität in kontinentalen Zusammenschlüssen wird so zu einem Gebot der Stunde. «Nationen der Oberliga» ermöglichen es, von grösseren Märkten zu profitieren, politische Souveränität zurückzugewinnen, Hegemonien einzelner regionaler Grossmächte zu verhindern (Recht des Gesetzes!) und tragen zur notwendigen Stabilisierung des internationalen Systems bei.

Dezentralisierung und Integration sind die beiden Seiten des integralen Föderalismus, gemeinsamer Feind ist der Nationalstaat!

Der Niedergang der amerikanischen Hegemonie zwingt die Amerikaner, nach einem neuen Partner Ausschau zu halten. *Robert Blackwill* (Harvard), *Stephen Larrabee* und *Ronald Asmus* (beide RAND Corp.[5]) fordern ein neues transatlantisches Abkommen, in dem sich Washington verpflichtet, ohne Vorbehalte an der Sicherung des bis nach Osten neu entstehenden Europa mitzuwirken. Im Gegenzug müssten sich die Europäer bei der Abwehr von Bedrohungen ausserhalb ihres Kontinents engagieren. Gemeinsam wäre man stark genug, um auf die Herausforderungen unserer Zeit antworten zu können. Wird die wachsende internationale Abhängigkeit dann einmal in einen Weltstaat münden? – Aus heutiger Sicht scheint vielmehr eine Universalisierung der Demokratie auszureichen, um den Weltfrieden sichern zu können, denn stabile Demokratien führen keinen Krieg miteinander.

«Il faut avoir le courage d'aller plus loin; ne pas se contenter de ‹remettre l'Etat à sa place›, mais le nier catégoriquement jusqu'à son droit à la survie.» (Alexandre Marc) Das Ziel sollte eine Zivilisierung der Menschheit sein. Moralische Einschränkungen von innen sollten staatliche Restriktionen von aussen ersetzen, so dass schliesslich ein Absterben des Staates möglich wird. ✦

5 Ronald D. Asmus, Robert D. Blackwill und F. Stephen Larrabee: Soll die Nato überleben? – Europa muss Amerikas globaler Sicherheitspartner werden. NZZ, Nr. 58, vom Samstag/Sonntag, 9./10. März 1996, S.17.